

21. I. 1917

15

Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie.

Die Zerkleinerung in unserer deutschen Bruderpartei, der Partei, deren Festigkeit und Geschlossenheit sie ehemals zu einem Vorbild aller proletarischen Organisationen gemacht hat, schreitet leider immer noch fort, und der Augenblick, da ihre Spaltung vollendet sein wird, kommt immer näher. Der Parteiausschuß, der am Donnerstag in Berlin tagte, hat einen Beschluß gefaßt, der die Spaltung bereits ausspricht, und man weiß, daß die Dinge, einmal auf eine so verhängnisvolle Bahn gebracht, dann einen umheimlich raschen Gang annehmen. Der Beschluß sagt nicht weniger, als daß die gesamte Opposition eine „Sonderorganisation“ sei, die Zugehörigkeit zu ihr unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur Gesamtpartei. Aber das scheint nicht etwa nur als platonische Forderung gedacht zu sein, obwohl schon das recht bedenklich wäre, sondern mit der Weisung, „die durch die Abspaltung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen“, soll offensichtlich die Gründung von Gegenorganisationen überall dort, wo die Organisation der Opposition angehört, herbeigeführt werden. Das wäre dann die Spaltung, die bisher nur die Fraktion ergriffen hat, in der Partei. Das wäre ein Riß in den einstmalig so festgefügteten Bau der Partei, der sich nicht leicht schließen würde und zu der schwersten Erschütterung werden müßte, die der deutschen Sozialdemokratie beschieden war.

Warum der Parteiausschuß plötzlich so „gründliche Arbeit“ unternimmt, ist schwer zu begreifen. Der Anlaß ist bekanntlich die Konferenz der Opposition, die am 7. Jänner in Berlin getagt hat, und deren Beschlüsse, das ist nicht zu bestreiten, das stärkste Mißtrauen in die Tätigkeit des Vorstandes atmen. Daß sich diese Zusammenfassung der oppositionell gesinnten Organisationen zu einer förmlichen Tagung in den Rahmen der Parteiorganisation, wie er überliefert und festgelegt ist, nicht hineinfügt, ist gewiß richtig; aber die Zeiten sind ja jetzt in jeder Hinsicht ungewöhnlich und auch der Parteivorstand hat schon mancherlei unternehmen müssen, wofür das Parteistatut die Grundlage nicht gibt, was sich nur aus der alle alten Verhältnisse umwälzenden Kriegszeit erklären und rechtfertigen läßt. Deshalb muß wohl auch der Opposition eine größere Bewegungsfreiheit eingeräumt werden; sie ist eben da, kann sich auf dem Parteitag nicht aussprechen, ihr Bedürfnis, sich einen gewissen Zusammenhang zu erwerben, ist also nicht so unbegreiflich, als es der Beschluß des Parteiausschusses erkennen will. Es sind eben Gegensätze von einer Stärke, wie sie in der Partei noch nie da waren, Gegensätze, die sich im Augenblick, so lange der Krieg und das Verhältnis zu ihm das sozialistische Denken so eindringlich bestimmt, nicht aus der Welt schaffen lassen, die man nur langsam überwinden, nur allmählich auflösen kann. Ein diktatorisches: „Das darf nicht sein!“, das fruchtet hier am wenigsten, das beschwört den Gegensatz nicht, sondern verschärft ihn nur noch. Dabei muß der Opposition doch zugebilligt werden, daß sie die Parteiorganisation anerkennt, das Parteigezüge nicht sprengen will. Die Konferenz hat die Sperre der Parteibeiträge ausdrücklich abgelehnt, sie hat für das Wirken für die oppositionellen Anschauungen den Rahmen des Parteistatuts als bindend erklärt. Das einzige „Besondere“ ist, daß die oppositionellen Organisationen „in feste enge Fühlung zu einander zu treten haben“. Wenn man das schon eine Sonderorganisation nennen will, so ist es doch keine gegen die Partei, keine neben der Partei, höchstens eine in der Partei, und das wird eben durch die ungewöhnliche Kriegszeit erklärt. Wenn nun der Parteiausschuß das zum Anlaß nimmt, um alle Mitglieder und Organisationen der Opposition — es sind das ja nicht wenige und unter den Männern, die sich zur Opposition bekennen, sind viele, die man nennt, wenn man die besten Namen der deutschen Sozialdemokratie nennt —, als außerhalb der Gesamtpartei stehend zu erklären, so scheint er wohl sehr weit zu gehen und eine Wut zu erlassen, die wahrscheinlich über seine Befugnis, gewiß aber über die Notwendigkeit hinausgeht. An seinem Vorgehen ändert sich nichts, daß er erklärt, die Teilnehmer an der Konferenz „haben sich von der Partei selbst getrennt“. Das haben sie nicht, dem widersprechen ihre Beschlüsse, das will die Opposition auch nicht. Wohl will sie ihren Anschauungen in der Partei zum Durchbruch verhelfen, zur Mehrheit werden, aber sie will weder die Partei spalten, noch sie verlassen. Warum sich der Parteivorstand, dessen schwere und schwierige Situation durch den ganzen Krieg hindurch niemand verkannt hat, dem aber auch bestätigt werden kann, daß er es bisher an Vorsicht und Besonnenheit nicht hat fehlen lassen, zu diesem verhängnisvollen Beschluß entschlossen hat, ist nicht recht zu verstehen. Er scheint uns weder ersprießlich noch auch notwendig, wohl nur gefährlich und unberechtigt.

Der Parteiausschuß befürchtet wohl, daß die von der Arbeitsgemeinschaft nach links und ganz links sich abweigenden Gruppen, die so stark anarcho-syndikalistischen Geist atmen, der Partei verhängnisvoll werden könnten. Aber es wäre wohl zu erwägen, ob sich dieser Geist in der deutschen Arbeiterchaft nicht eher festsetzt, wenn die Kräfte durch die Gesamtorganisation nicht mehr gebunden werden; ob er nicht eher beschränkt wird, wenn der Gesamtrahmen unversehrt bleibt. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß von der Arbeitsgemeinschaft doch eine verknüpfende Aufgabe geleistet wird, die ihr unmöglich gemacht wird, wenn der Parteiausschuß ihr den Stuhl vor die Tür setzt. Auf der anderen Seite tut auch der Mehrheit, und, wie wir glauben, sehr dringend, der Zusammenhang mit den radikalere Gesinnungen, denn ihr rechter Flügel, die Gruppe der ihr Haupt immer ungeheurer erhebenden Imperialisten, ist für die Partei sicherlich keine geringere Gefahr als die Anarcho-syndikalisten, und er könnte, wenn sich die Spaltung vollzöge, das Zentrum und damit die Partei auf eine Bahn drängen, die die deutsche Sozialdemokratie nicht betreten darf, wenn sie bleiben soll, was sie war. Deshalb ist das Zusammenbleiben das Beste: daran

sollte festgehalten werden, auch wenn es Mühe und Opfer kostet. Wer die Zerspaltung nicht als Ziel ausstellt (es gibt leider auch Leute, die sie ernstlich empfehlen), wer der Überzeugung ist, daß die deutsche Arbeiterklasse einig sein muß, der wird die eigentliche Spaltung, die Spaltung der Organisation, unter keinen Umständen als einen wünschenswerten Vorgang ansehen. Wir müssen ja doch wieder zusammenkommen; welchen Sinn soll es nun haben und welcher Nutzen soll sich daraus ergeben, daß man jetzt auseinandergeht, um unter viel größerer Mühe, als sie nötig wäre, um die Partei jetzt zusammenzufassen, sich wieder zusammenzufinden? Der Parteivorstand, der doch gleichfalls in vielem auf Dulbung rechnet, hätte es wohl bedenken sollen, ob er das Recht habe, gegen die Opposition mit dieser schroffen Unbuddsamkeit vorzugehen.

Es hat den Anschein, daß der Parteiausschuß zu seiner Schärfe den Antrieb aus dem Umstand empfängt, daß die allgemeine Situation, insbesondere durch die Antwort der Entente, für die Mehrheit günstig geworden ist, aus der Meinung sich zu ihr verführen ließ, daß die oppositionelle Stellung zum Kriege nun auf wenig Anhang rechnen könne. Er könnte darin recht haben, darum würde sein Vorgehen nicht besser. Denn dann wäre eben die Tendenz seines Vorgehens klar, die Tendenz, sich der Opposition in einem günstig scheinenden Augenblick zu entledigen, und das wäre in Wahrheit eine gefährliche Politik, die gute Früchte nicht tragen kann. Wir möchten deshalb die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich der Parteivorstand die Sache noch einmal und gründlich überlegen werde. Der Abschluß ist schon schlimm genug; den Kampf in den Körper der Partei durch Gründung einer Gegenorganisation zu tragen, müßte der Partei zum Verhängnis werden.

Der Beschluß des Parteiausschusses.

Ueber die Tagung und Beschließung des Parteiausschusses berichtet der „Vorwärts“:

Die Tagesordnung des am Donnerstag im Reichstagsgebäude zusammengetretenen Parteiausschusses lautete: Stellungnahme zur augenblicklichen Situation und zu dem Sonderparteitag der Opposition. Bei Beginn der Beratung wurde festgestellt, daß das natürlich auch eine Stellungnahme zu der durch die Ablehnung des Friedensangebots geschaffenen Lage ermöglihe.

In seinem einleitenden Referat erklärte Ebert nachdrücklich, daß nunmehr an dem reinen Verteidigungscharakter des Krieges auf Seite Deutschlands und seiner Verbündeten kein Zweifel mehr bestehen könne. Nach eingehender Besprechung der Entwicklung des Parteistrites und seiner Führung durch die Opposition kam Ebert zu dem Schlusse, daß die Einberufung, die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz der Opposition vom 7. Jänner ihre Spaltungsabsicht offenkundig machen und mit dem Wortlaut und Geist des Parteistatuts dermaßen unvereinbar sind, daß dies im Interesse der Partei offen ausgesprochen werden müsse und hieraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen seien.

In der sehr gründlichen Diskussion schlossen sich die Redner der Mehrheit dem Referenten an, nicht ohne daß mehrere von ihnen ihrem tiefen Schmerz über diese Entwicklung Ausdruck gegeben hätten. Die auf Seite der Opposition stehenden Redner bestritten sowohl die sachliche Richtigkeit der Beurteilung der Konferenzbeschlüsse durch Ebert wie insbesondere die formale Berechtigung des Parteiausschusses zu so weitgehenden, nicht nur gutachtlichen Beschlüssen. In seinem Schlusswort wies Ebert die in der Diskussion vorgebrachten Einwände zurück. Er betonte das Recht des Parteiausschusses, in diesen für die Zukunft der Partei so wichtigen Fragen klare Stellung zu nehmen. Im übrigen würde sich der Parteivorstand zu dem Beschluß des Ausschusses erklären, sobald er gefaßt sei. Der Debatte lag folgende von Lobe (Breslau) und Sindermann (Dresden) gestellte Resolution zugrunde:

Einigkeit und Geschlossenheit im Handeln, freiwillige Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit, das sind die ersten Gebote einer demokratischen Massensbewegung, wie sie die Sozialdemokratie ist. Nur durch straffe Disziplin kann sie im Kampfe mit ihren zahlreichen und mächtigen Gegnern den sozialistischen Grundfragen Geltung verschaffen. Je kritischer die politische Situation, je gefährlicher die Arbeiterorganisationen, desto fester muß der Zusammenschluß ihrer einzelnen Glieder sein zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen.

Die Reichstagsfraktion hat unter Zustimmung des Parteiausschusses und der Reichskonferenz der Gesamtpartei im Verlauf des furchtbaren Weltkrieges, dessen Charakter als Verteidigungskrieg für Deutschland nach der Bekanntgabe der maßlosen Eroberungsziele der feindlichen Regierungen von niemandem mehr ernstlich bestritten werden kann, den Grundfäden der Partei getreu, die Mittel für die Landesverteidigung bewilligt. Eine Gruppe von Parteigenossen nahm dies zum Anlaß, um unter schwerstem Disziplinbruch die geschlossene Kampffront rücksichtslos zu zerreißen.

Sie hat die Reichstagsfraktion gespalten und als neue Fraktion die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Sie hat es seitdem als ihre Aufgabe betrachtet, die auf die Milde der Kriegseiden und auf die Herbeiführung eines baldigen Friedens gerichtete Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu durchkreuzen und sie zum Schaden der Arbeiterklasse zu bekämpfen.

Das disziplinwidrige, jeder Demokratie hohnsprechende Treiben dieser Sonderbündler hat mit seinen häßlichen Begleiterscheinungen eine zunehmende Zerrüttung der Partei herbeigeführt. Sonderorganisationen, gegen die Politik der Partei gerichtete Kundgebungen und schließlich auch Gegenkandidaten gegen die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei bei Wahlen waren die unausbleibliche Folge dieses verwerlichen Vorgehens der anarcho-syndikalistischen Opposition und der mit dieser verbündeten Arbeitsgemeinschaft. Selbst vor dem Boykott des Zentralorgans der Partei und anderer Parteizeitungen schreckte die Opposition nicht zurück.

Jetzt haben die Vetter der Arbeitsgemeinschaft ihr parteigefährdendes Werk gekrönt durch die Einberufung einer Reichskonferenz der Opposition

Ihr Vorgehen, sie wirkten für die Einheit der Partei in im Rahmen der Partei, ist damit in seiner ganzen Uebersichtlichkeit enthüllt. Sie haben sich als Parteileitung angetan und zum Jänner d. J. Parteioorganisationen in Sonderorganisationen nach Berlin zusammenberufen. Sie haben dort unter anderem beschlossen: „Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in feste enge Fühlung zueinander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie in Rahmen des Parteistatuts unermüdlich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen.“ Das ist die Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr auch von der Partei selbst getrennt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr sind unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehrlichen Doppelspiel aller Parteigerädler ein Ende zu machen und die durch die Abspaltung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu festigen, damit sie den gewaltigen Aufgaben gewachsen ist, die sie noch während des schrecklichen Weltkrieges und nach seiner Beendigung zum Wohle der Arbeiterklasse und der weitesten Volkskreise im Geiste sozialistischer Weltanschauung zu erfüllen hat, ist Aufgabe aller Parteigenossen.

Diese Resolution wurde mit 29 gegen 10 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Ein ausführlicher Bericht über die Tagung des Parteiausschusses wird noch veröffentlicht werden.

Spaltung der preussischen Landtagsfraktion.

Berlin, 20. Jänner. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages sprach in einem mit fünf gegen vier Stimmen gefaßten Beschluß aus, daß der heutige Versuch Adolf Hoffmanns, in offener Sitzung namens der Minderheit die Rede des Fraktionsredners Girsch zu bekämpfen, ein Verstoß gegen die elementarsten Grundregeln parteigenössischen Zusammenarbeitens im Parlament sei. Die beiden Abgeordneten Hoffmann, dann die Abgeordneten Ströbel und Söfer hätten sich dadurch von der Fraktion getrennt und sie haben ihre Rechte als Mitglieder der Fraktion verwirkt.